

Zuger Notizen von Kantonsrat Alois Gössi

Amt für Straf- und Massnahmenvollzug

Das Hauptthema heute war der Bericht der erweiterten Justizprüfungskommission zu den eingetretenen Verjährungen wegen dem Nichtvollzug von Strafen durch Hanspeter Bart, dem ehemaligen Leiter des Amtes für Straf- und Massnahmenvollzug.

Unschön war die Berichterstattung in der Presse wegen der Einschaltung eines PR-Büros für die Pressekonferenz. Unschön wegen der gewährten Indiskretion durch Kommissionsmitglieder, die gemäss allgemeiner Annahme aus der Alternativen Fraktion stammen. Die Alternative Fraktion versuchte, so meine Einschätzung, mit diesem Ablenkungsmanöver von Hanspeter Uster abzulenken. Politisch nicht sehr klug war die Wahl des FDP-nahen PR-Büros sowie die in meinen Augen zugespitzte formulierte Zusammenfassung für die Presse.

Alt-Regierungsrat Hanspeter Uster ist politisch für dieses Schlamassel verantwortlich. Es ist aber nicht zu verhehlen, dass der Amtsleiter das Vertrauen von Hanspeter Uster massivst missbraucht hat. Hanspeter Uster musste nicht damit rechnen. Er traf jeweils Massnahmen, wenn sich etwas aufdrängte wie ein Regierungsratsbeschluss mit einer anderen Arbeitszuweisung und Lohnreduktion oder die Führung einer Geschäftsfallkontrollliste oder der Beibezug einer Amtshilfe aus dem Kanton Zürich. Aber das Hauptproblem von Hanspeter Uster war, dass er nicht für eine ausreichende Kontrolle bei der Umsetzung besorgt war. In meinem Votum für die SP-Fraktion bemängelte ich auch noch, dass weitere Schuldige bei der Presseberichterstattung nicht oder zu wenig auftauchten. So eine Amtshilfe aus dem Kanton Zürich für die Abarbeitung von pendenten Fällen: er meldete mit keinem Wort weiter, dass er verjährte Fälle entdeckte. Oder der stellvertretende Amtsleiter, der von Manipulation durch Hanspeter Barth wusste, aber mangels Zivilcourage nur sehr verklausuliert Meldung erstattete.

Wichtig ist, dass in der Zwischenzeit Massnahmen ergriffen wurden und dass solche Verjährungen nie mehr vorkommen dürfen beim Strafvollzug.

Trennmodell

Einig waren sich alle Kantonsräte: unser Landschreiber muss entlastet werden. Über das wie gab es Diskussionen. Der Regierungsrat bevorzugt, dass der Landschreiber exklusiv für ihn tätig sein soll und der Kantonsrat soll neu einen Generalsekretär/in des Kantonsrates erhalten (Trennmodell). Die Mehrheit stimmte aber für das erweiterte Kooperationsmodell: hier wird der Land-

schreiber und der Stellvertreter gleichermassen für den Kantonsrat und den Regierungsrat eingesetzt. Es findet eine regelmässige Rotation statt. Dieser Variante kann ich mir sehr gut vorstellen und stimme ihr deshalb zu.

Das Spezielle

Wie die alte Fasnacht erschien mir die heute überwiesene FDP-Motion zur Zukunft des Areals des ehemaligen Kantonsspitals. Die FDP ist jetzt auch für den Bau von Wohnungen für den Mittelstand und von Altersresidenzen sowie der Abgabe des Landes im Baurecht. Sinngemäss das gleiche für bezahlbare Wohnungen forderte die SP schon vor Jahren mittels eines Postulats. Auch dank den Stimmen der FDP wurde das Postulat nicht erheblich erklärt. Und nach der Abstimmung im letzten Herbst reichte die SP wiederum eine Motion für bezahlbare Wohnungen ein. Mit einer langen zeitlichen Verzögerung springt nun die FDP auch auf dieses Thema auf. Schön ist, dass es der FDP nun auch langsam dämmert, dass bezahlbare Mietwohnungen eine Mangelware ist bei uns im Kanton Zug und sich deshalb Massnahmen aufdrängen.